

FREMDENFINDLICHKEIT UND FEINDBILDER

■ Analyse		
	Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass in Russland. Elfie Siegl, Berlin/Moskau	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Fremdenfeindlichkeit und Skinheads in Russland (2004)	5
	Was halten Sie von Einwanderung?	
	Russland und Großbritannien im Vergleich, April 2005	7
	„Russland den Russen“, Juni 2005	8
	Antisemitismus in Russland, Februar 2005	9
■ Dokumentation		
	Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, ethnische Diskriminierung und Antisemitismus in Russland (Januar–Juni 2005)	11
■ Kommentar		
	Russlandbild in Deutschland – geprägt auch durch innerdeutsche Befindlichkeiten. Oldag Caspar und Juri Galperin	13
■ Grafik zum Text		
	Die Wahrnehmung Russlands in der amerikanischen und der europäischen Elite, April 2005	14
■ Chronik		
	Vom 29. September bis zum 6. Oktober 2005	15

Analyse

Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass in Russland

Elfie Siegl, Berlin/Moskau

Zusammenfassung

In Russland nehmen Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass weiter zu. Lange Zeit wurde das von offizieller Seite heruntergespielt. Doch seit einigen Monaten weisen Spitzenpolitiker öffentlich auf diese Probleme hin, wenngleich nur in sehr allgemeiner und unverbindlicher Form. Indes ist das Thema von erheblicher Bedeutung. Das Moskauer Büro für Menschenrechte legte Mitte August eine Analyse für das erste Halbjahr 2005 vor. Die Studie zeigt neue Tendenzen bei Aktivitäten von Rechtsextremisten in Russland auf, darunter etwa die Organisation von Terrorakten. Beunruhigend ist auch die Tendenz offiziöser Strukturen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus am Mittel zur Diskreditierung politischer Gegner zu benutzen.

Im Juni haben über achtzig russische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in einem offenen Brief an die Regierung der Russischen Föderation auf Menschenrechtsverletzungen in Russland aufmerksam gemacht, darunter auch auf Diskriminierung aus ethnischen Gründen und rassistisch motivierte Gewalt. Der Brief beklagt, dass ein Instrumentarium zur Bekämpfung von Rassenhass und Diskriminierung fehle, dass die staatlichen Stellen den Problemen gleichgültig gegenüber stünden und oft ihrerseits Bürger bestimmter ethnischer Gruppen diskriminierten.

Das Problem

In Russland nehmen Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass weiter zu. In diesem Jahr wurden bisher elf Menschen aus nationalen Hassgefühlen heraus getötet, 200 Personen wurden verletzt. Die Dunkelziffern dürften höher liegen. Die Täter kommen meistens aus Kreisen neonazistischer Skinheads, die Opfer sind vor allem Afrikaner, Asiaten, Kaukasier und Angehörige nationaler Minderheiten in Russland. Fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien, eine anwachsende Korruption, unpopuläre Reformen, soziale Unzufriedenheit, eine stark gestiegene Migration, aber auch der Statusverlust Russlands als Großmacht und Bestrebungen des Kreml, diesen Status wiederzuerlangen, sind Gründe für fremdenfeindliche Stimmungen im Land. Soziologische Umfragen des Lewada-Zentrums in Moskau ergaben im Juli dieses Jahres, dass 58 Prozent der russischen Bevölkerung das nationalistische Motto „Russland den Russen“ unterstützen. Viele von ihnen sind junge Leute.

Sollten die Machthaber diese Erscheinungen weiterhin nur mit Lippenbekenntnissen bekämpfen, so könnten Experten zufolge Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu einer der Hauptgefahren für die staatliche Einheit der multinationalen Russischen Föderation werden.

Wachsendes Problembewusstsein in der Politik?

Erscheinungen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in der russischen Gesellschaft werden von offizieller Seite gerne herunter-

gespielt und stillschweigend geduldet. So konterte im vergangenen Februar der Presseagentur Ria-Nowosti zufolge der Moskauer Polizeichef Wladimir Pronin Berichte über Aktivitäten organisierter Skinheads in der Stadt mit den Worten, es gebe keine Skinheads in Moskau, sondern nur Pöbel, der Personen verschiedenartiger Nationalitäten angreife. Doch seit einigen Monaten weisen Spitzenpolitiker in Russland öffentlich auf Probleme wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in ihrer Heimat hin, wenngleich auch nur in sehr allgemeiner und unverbindlicher Form. Den Worten sind bisher kaum Taten gefolgt. Der russische Präsident Putin etwa gestand am 27. Januar während der Feiern zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz ein, sogar in Russland, das am allermeisten für den Sieg über den Faschismus und für die Befreiung der Juden getan habe, sehe man heute oft Erscheinungen dieser Krankheit. Das sei beschämend. Bei seinem Besuch in Israel Ende April versicherte Putin dem israelischen Staatsoberhaupt Mosche Katzav, für Russland seien jeglicher Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zerstörerisch, weil Russland ein Vielvölkerstaat sei. „Im 21. Jahrhundert sollte es keinen Raum geben für Xenophobie und Chauvinismus und religiöse Intoleranz.“ Am 27. September versprach Putin während seiner drei Stunden dauernden, live ausgestrahlten TV-Fragestunde mit Bürgern seines Landes in vager Form, alles dafür zu tun, damit Skinheads und andere „faschisierende Elemente“ von der politischen Landkarte Russlands verschwänden.

Im Juni forderte der Präsident der überwiegend islamisch orientierten Republik Tatarstan, Schamijew, angesichts einer zunehmenden Xenophobie, des

Extremismus und Terrorismus die dringliche Erziehung vor allem junger Menschen zur Toleranz. Ganz allmählich verändert sich auch die Einstellung der Rechtsschutzorgane zu diesen Problemen: Wurden früher tätliche Übergriffe von Neonazis als Rowdytum, nicht aber als rassistische Verbrechen behandelt, so wendet man seit einigen Monaten bei der Bestrafung für derartige Verbrechen den Artikel 282 des russischen Strafgesetzbuches (Entfachen nationalen Hasses) an. Im ersten Halbjahr 2005 hat man aufgrund dieses Artikels 21 Personen zu Haftstrafen von 4 bis 19 Jahren verurteilt.

Terrorakte und Diffamierung

Das Moskauer Büro für Menschenrechte legte Mitte August im Rahmen seines, von der EU unterstützten Projekts „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, ethnische Diskriminierung und Antisemitismus in Russland“ eine Analyse dieser Probleme seines Experten Semjon Tscharnyj für das erste Halbjahr 2005 vor. Die Studie zeigt neue Tendenzen bei Aktivitäten von Rechtsextremisten in Russland auf, etwa die Organisation von Terrorakten seitens radikaler Nationalisten. Als ein wichtiges Beispiel dafür nennt Tscharnyj das Attentatsversuch im vergangenen Frühjahr auf den Chef der Vereinigten Energiesysteme Russlands (RAO EES), Anatolij Tschubajts, der als einstiger „Privatisierungsminister“ bei vielen verhasst ist. Tschubajts Autokolonne entging dabei um Haaresbreite einer Bombenexplosion. Als Haupttatverdächtiger wurde der Armeeoberst Kwatschkow verhaftet, der in seiner Datscha bei Moskau eine Art nationalistisch-terroristischen Klub organisiert haben soll, wo anscheinend Repressionsmaßnahmen, bis hin zum Mord, gegen so genannte „Feinde Russlands“ diskutiert wurden. Ihm und zwei seiner Komplizen droht eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordanschlag, illegalen Waffenbesitzes und illegaler Herstellung von Sprengsätzen. Kwatschkow steht nicht allein: in diesem Jahr sind in Russland verstärkt paramilitärische Gruppierungen gegründet worden, nicht selten von ausgemusterten Offizieren der Armee, deren Mitglieder illegal Waffen tragen und sich mit einer steigenden Vernetzung für den Fall einer innenpolitischen Krise, etwa Massenunruhen, wappnen.

Beunruhigend ist die Tendenz offiziöser Strukturen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zur Diskreditierung politischer Gegner auszunutzen. So werden nach Auffassung Tscharnyjs zunehmend Oppositionelle mit Faschisten gleichgesetzt. Der Begriff „Faschist“ ist wegen der Gräueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg in den Augen der meisten Menschen in Russland äußerst negativ belegt

und steht für antirussische Gesinnung. Tscharnyj erwähnt in diesem Zusammenhang auch die im vergangenen Frühjahr vom Kreml initiierte und gesponserte Jugendbewegung „Naschi“ (Unsere). Kritiker bezeichnen die Bewegung ironisch als Putin-Jugend. Die Bewegung, so schätzt man, soll inzwischen über 100 000 Mitglieder haben. 3000 ihrer Aktivisten, im Anklang an Bürgerkriegszeiten „Kommissare“ genannt, trainierten dieses Jahr einem Sommer-Camp im Gebiet Twer zwei Wochen lang mit paramilitärischen Übungen das Überleben unter Extrembedingungen. Hohe Kremlbeamte hielten dort Vorlesungen. Der Vize-Leiter und Chefideologe der Putin-Administration, Wladislaw Surkow, etwa forderte die Aktivisten auf, die russische Jugend vor dem Einfluss des Westens zu schützen. Der führende Polittechnologe des Kreml, Gleb Pawlowskij, sagte: „Euch fehlt es an Härte. Ihr solltet bereit sein, faschistische Demonstrationen auseinander zu jagen und euch Versuchen eines verfassungswidrigen Umsturzes physisch zu widersetzen.“ Die Funktionäre der Bewegung betrachten sich als Anti-Faschisten. Sie gaben im Mai die Broschüre „Der ungewöhnliche Faschismus“ heraus, deren Hauptinhalt darin besteht, in Opposition zum Kreml stehende politische Kräfte des Faschismus zu beschuldigen. Liberale und demokratische Politiker wie etwa Irina Chakamada, Wladimir Ryschkow und Garry Kasparow wurden in eine Reihe gestellt mit dem antisemitischen General und Duma-Abgeordneten Albert Makaschow und den Führern der nationalistischen Partei „Rodina“, die an den Wahlen zur Moskauer Stadtduma im kommenden Dezember unter der fremdenfeindlichen Losung „Moskau den Moskauern“ teilnehmen will.

In diese Tendenz fügen sich auch staatliche Repressionen gegen die Bewegung der Nationalbolschewisten (*Nazbol*) des Schriftstellers Eduard Limonow. Die Nazbol, deren Anhänger überwiegend aus jungen Leuten besteht, haben sich von einer grobschlächtigen rechten Rowdytruppe in eine Gruppe gewandelt, die vom Kreml inzwischen das einfordert, so die Journalistin Anna Politkowskaja, was früher die demokratischen Parteien Jabloko und SPS gefordert haben: die Einhaltung demokratischer Spielregeln. Anhänger der Bewegung organisierten etwa im Frühjahr Massendemonstrationen gegen den Abbau sozialer Vergünstigungen für Rentner. Am 14. Dezember vergangenen Jahres betreten vierzig junge *Nazboly* ohne vorherige Anmeldung im Zentrum Moskaus Räume der Bürgersprechstunde der Kreml-Administration, verbarrikadierten die Tür eines der Büros und beklebten die Fenster mit Flugblättern, auf denen Putin zum Rücktritt aufgefordert wurde. Nach 45 Minuten erschien die Polizei und nahm die jungen Leute fest. Ein halbes Jahr später forderte ein Gericht

im Moskauer Gebiet ein – inzwischen abgelehntes – Verbot der 1993 offiziell registrierten Bewegung. Im Juli begann das Gerichtsverfahren gegen 39 des Vandalismus und Rowdytums angeklagten *Nazboly*. Ihnen drohen Strafen bis zu 20 Jahren Freiheitsentzug. Russische Menschenrechtler sehen das Verfahren als einen politischen Schauprozess, mit dem jegliche Opposition zum Kreml abgeschreckt werden soll.

Neonazi-Attacken auf Menschenrechtler

Im Juni haben über achtzig russische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), darunter MEMORIAL, die Moskauer Helsinki-Gruppe, das Komitee der Soldatenmütter, die Stiftung zur Verteidigung von Glasnost, in einem offenen Brief an die Regierung der Russischen Föderation und die Institutionen der Europäischen Union auf Menschenrechtsverletzungen in Russland aufmerksam gemacht, darunter auch auf Diskriminierung aus ethnischen Gründen und rassistisch motivierte Gewalt. Es gebe kein Instrumentarium zur Bekämpfung von Rassenhass und Diskriminierung, die staatlichen Stellen aller Ebene stünden diesen Problemen gleichgültig gegenüber und diskriminierten oft ihrerseits Bürger mit bestimmten ethnischen Merkmalen, etwa Tschetschenen. Gleichsam als Antwort auf diesen Brief wiederholte Präsident Putin wenig später bei einem Treffen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen seine Unterstellung, die NGOs, vom russischen Staat nicht unterstützt und deshalb oft auf westliche Spenden angewiesen, setzten diese Finanzmittel ein, um gegen den russischen Staat zu arbeiten. Die daraus folgende Drohung, NGOs zu bekämpfen, hängt wie ein Damoklesschwert über den NGOs, deren Arbeit ohnehin zusehends schwieriger wird. Nicht nur derartige öffentliche Diskriminierungen von NGOs, auch die Verstärkung der rechten Kräfte, Großmachtallüren und staatlich eingeforderter Patriotismus bilden den Nährboden, auf dem gegen Vertreter von NGOs gerichtete rechtsextremistische und auf Fremdenhass begründete Angriffe wachsen.

Als Beispiel seien hier mehrere gewaltsame Übergriffe auf MEMORIAL in Sankt Petersburg erwähnt: im August 2003 überfielen zwei Männer das Büro der Organisation und fesselten die anwesenden

Mitarbeiter, darunter den Geschäftsführer Wladimir Schnitke. Einer der Täter wird gefasst, er gibt sich als Führer einer heidnisch-nazistischen Sekte aus. Im Juni 2004 wurde der Wissenschaftler des Petersburger Museums für Ethnografie und Anthropologie und langjähriges Mitglied von MEMORIAL, Nikolaj Girenko, durch seine Wohnungstür hindurch erschossen. Girenko hatte eine Methode entwickelt, mit der ethnisch motivierte Gewalttaten von „gewöhnlichen“ Delikten unterschieden werden können.

Im Dezember desselben Jahres wurde Schnitke von hinten auf den Kopf geschlagen und mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert. Aus seiner Tasche wurden PC und Notizbuch gestohlen. Im Februar 2005 überfielen drei Unbekannte erneut das MEMORIAL-Büro, schlugen einen Mitarbeiter krankenhauserreif und entwendeten zwei Ordner, einen davon mit der Aufschrift „Neonazismus“. MEMORIAL Petersburg führt seit Jahren Projekte zu Antirassismus und Neonazismus in Russland durch.

Personen, die bereit sind, bei Gerichtsverfahren gegen Neonazis auszusagen, riskieren ihr Leben wie etwa der Direktor des Instituts „Einheitliches Europa“, Dmitrij Krachjuchin aus der Stadt Orjel oder die Menschenrechtlerin Ljudmilla Zhorowlja aus Workuta, die mit ihrem Sohn erschossen wurde. In beiden Fällen lehnten Rechtsschutzorgane ab, Personenschutz zu gewähren. Unter Präsident Putin erfolge offensichtlich eine Belebung faschistischer Werte und Idee, nicht weil der ein Rassist sei, sondern weil er ein absoluter Populist sei, sagt der Vorsitzende der Petersburger „Bürgerkontrolle“, Boris Pustinzew. Für Jelzin seien rechte wie linke Extremisten politische Gegner gewesen, jeder Staatsbeamte, der sich öffentlich rassistische Äußerungen geleistet habe, sei fristlos entlassen worden. Das hätten alle gewusst und das hätte einen gewissen eindämmenden Einfluss auf rassistische Ressentiments gehabt, die es in Russland immer gegeben habe. „Heute ist diese Zurückhaltung verschwunden. Unsere Machthaber bauen auf die Unterstützung jeder beliebigen Gruppe. Das hat zu einer starken Zunahme des Fremdenhasses in Russland geführt, wie auch des Rassismus und der Gewalttätigkeit.“

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Elfie Siegl, lange Jahre Korrespondentin für Hörfunk und Zeitungen in Moskau, lebt heute als freie Journalistin in Berlin und Moskau.

Lesetipps

Butkevich, Nicolai: The New Face of State-sponsored Anti-Semitism in Russia, in: East European Jewish affairs, 32.2002, Nr. 1, S. 138–148.

Andreas Umland: Russischer Rechtsextremismus im Lichte der jüngeren theoretischen und empirischen Faschismusforschung, in: Osteuropa 2002, Nr. 7, S.901–913

Andreas Umland: Concepts of Fascism in Contemporary Russia and the West, in: Political Studies Review, 3.2005, Nr. 1, S.34–49

Tarasov, Aleksandr: Die Skinhead-Bewegung in Russland. Hintergründe ihres Aufschwungs, in: Berliner Debatte Initial, 2003 Nr. 3, S. 93–100.

Moscow Bureau for Human Rights <http://antirasizm.ru> (russisch, teilweise englisch)

Moskauer Helsinki Gruppe: www.mhg.ru (russisch, teilweise englisch)

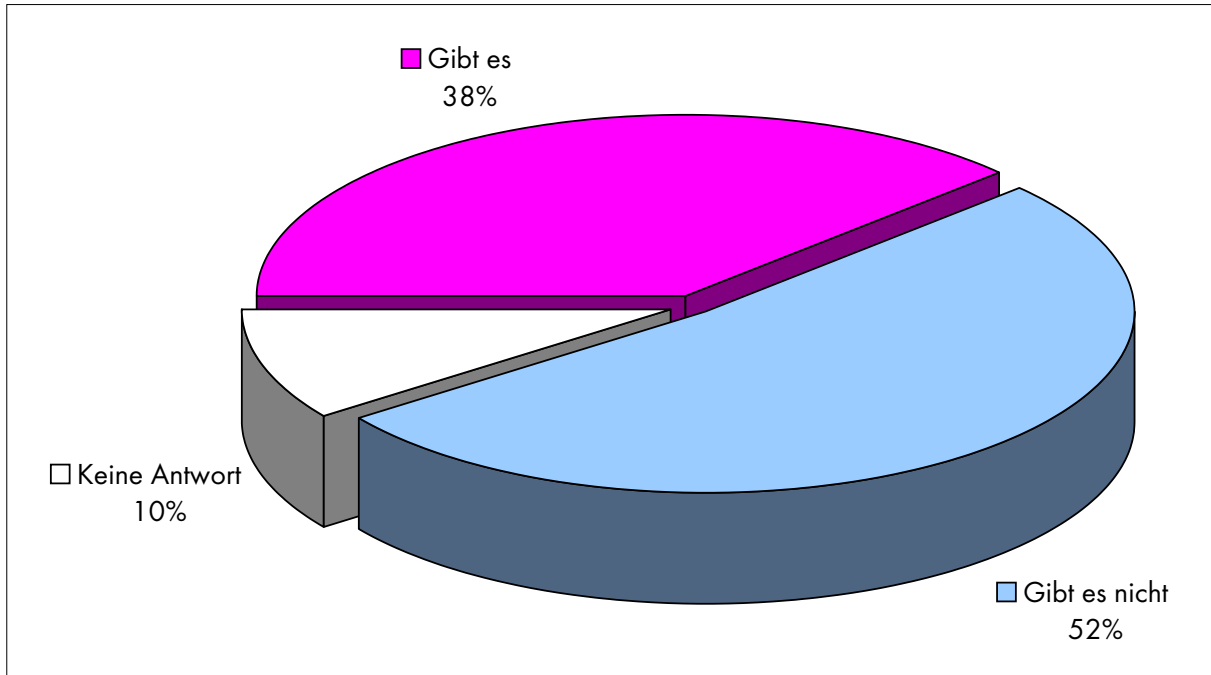
Tabellen und Grafiken zum Text

Fremdenfeindlichkeit und Skinheads in Russland, 2004

Quelle: Umfragen des "Fond Öffentliche Meinung", März und Oktober 2004

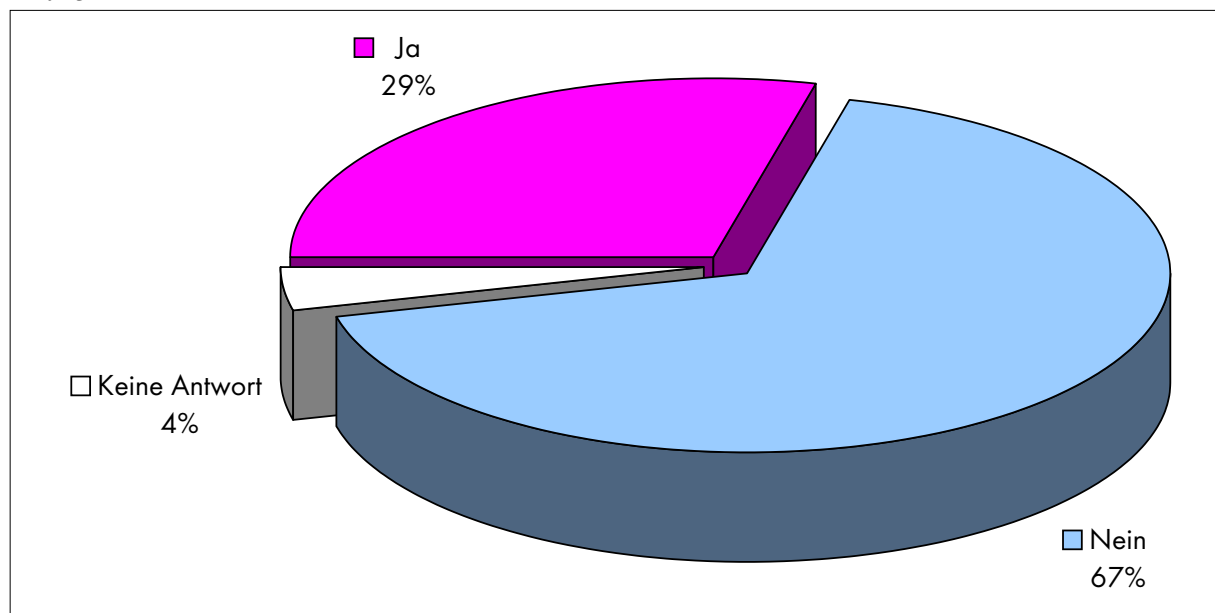
Gibt es da, wo Sie wohnen, ethnische Gruppen, die Unbehagen bei der Mehrheit der regionalen Bevölkerung auslösen?

(Umfrage des FOM, Oktober 2004)



Empfinden Sie persönlich Unbehagen gegenüber der einen oder anderen ethnischen Gruppe?

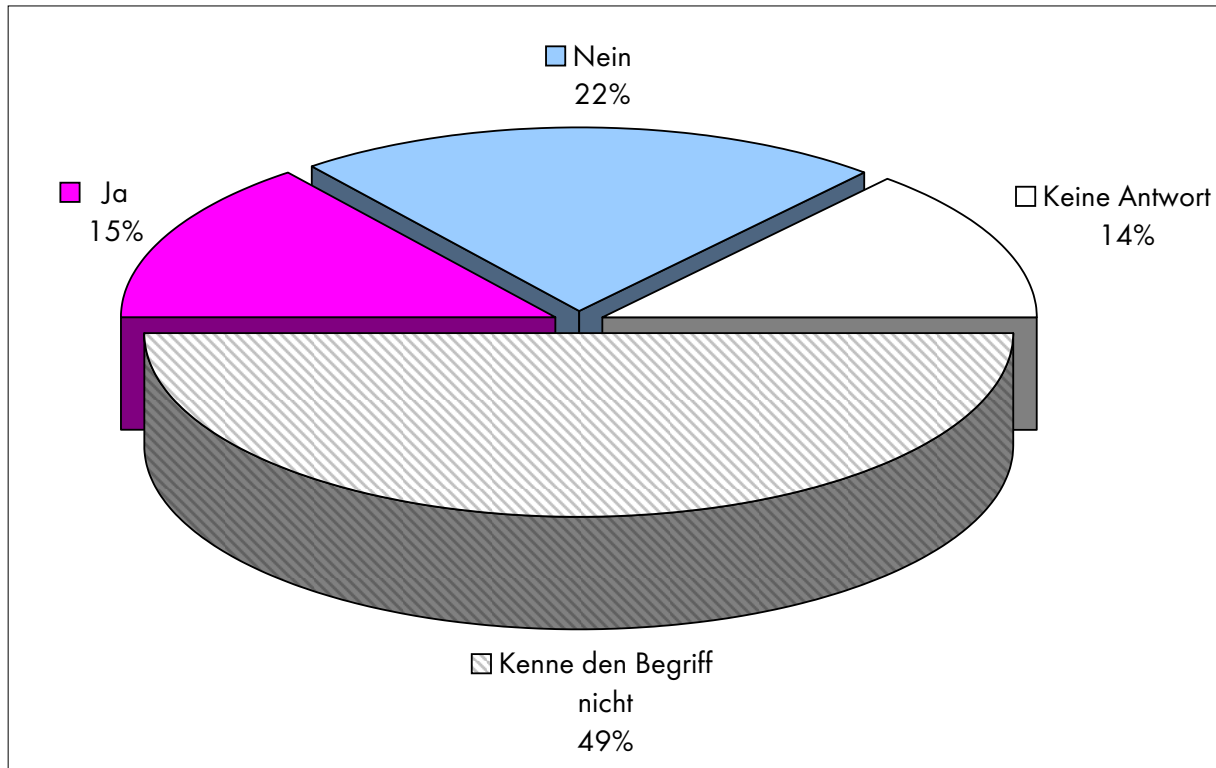
(Umfrage des FOM, Oktober 2004)



Quelle: Umfragen des "Fond Öffentliche Meinung", 9.–10. Oktober 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0441.zip>

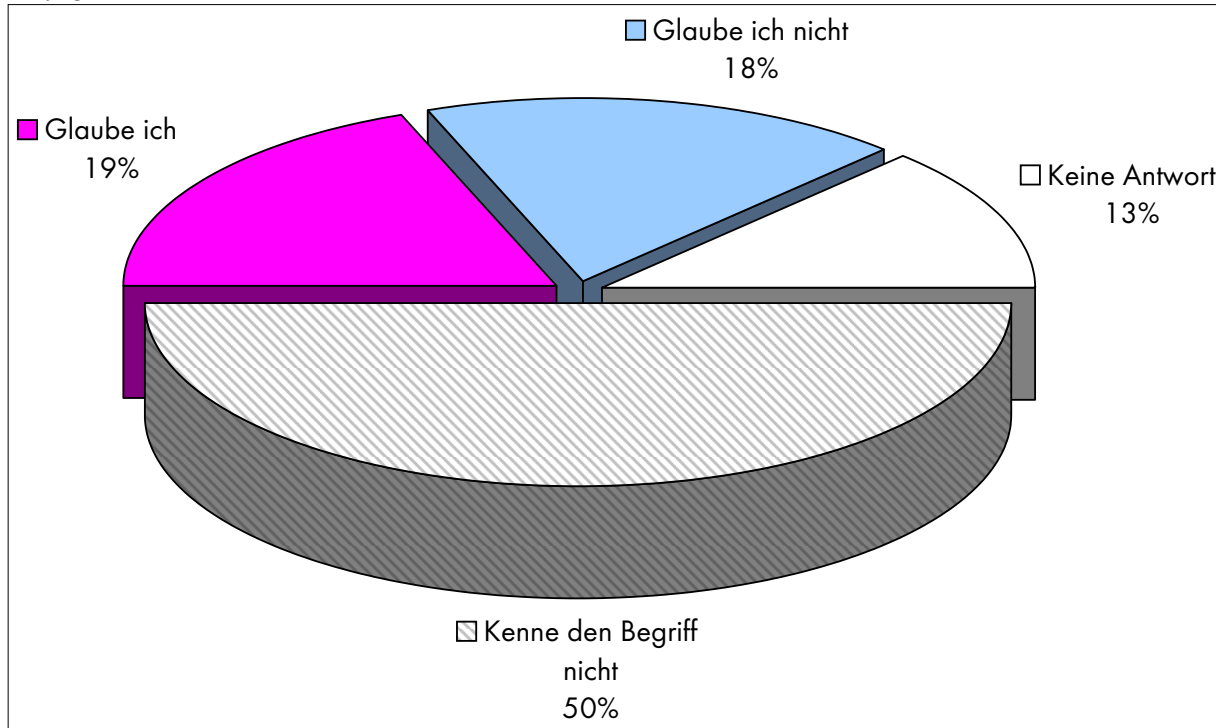
Gibt es dort, wo Sie leben, Skinheads?

(Umfrage des FOM, März 2004)



Glauben Sie, dass die Skinheads von den Rechtsschutzorganen geschützt werden?

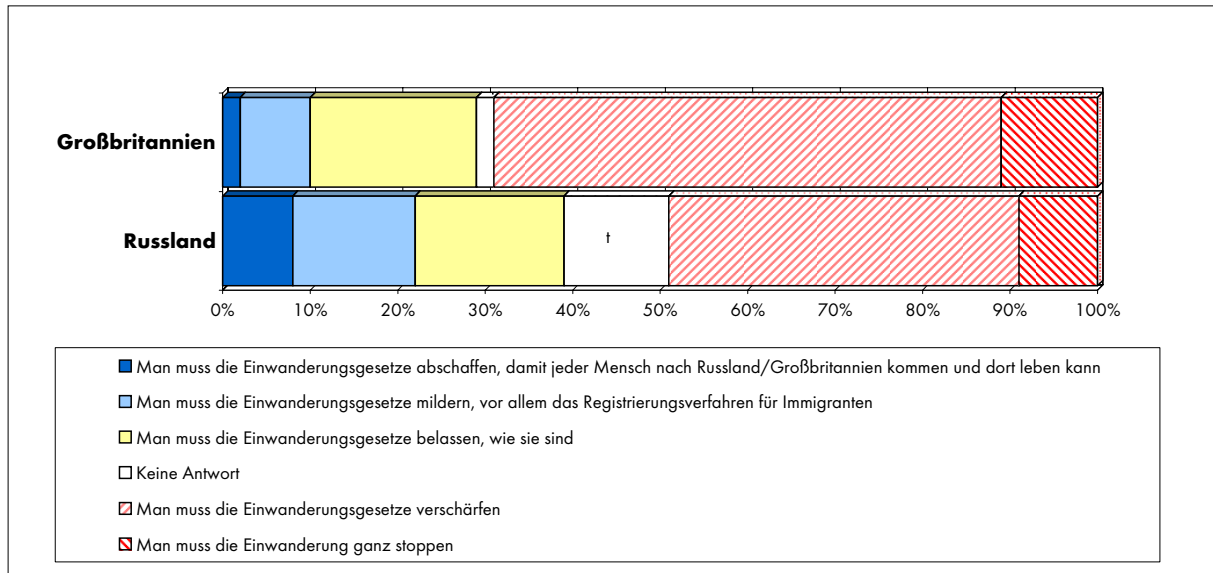
(Umfrage des FOM, März 2004)



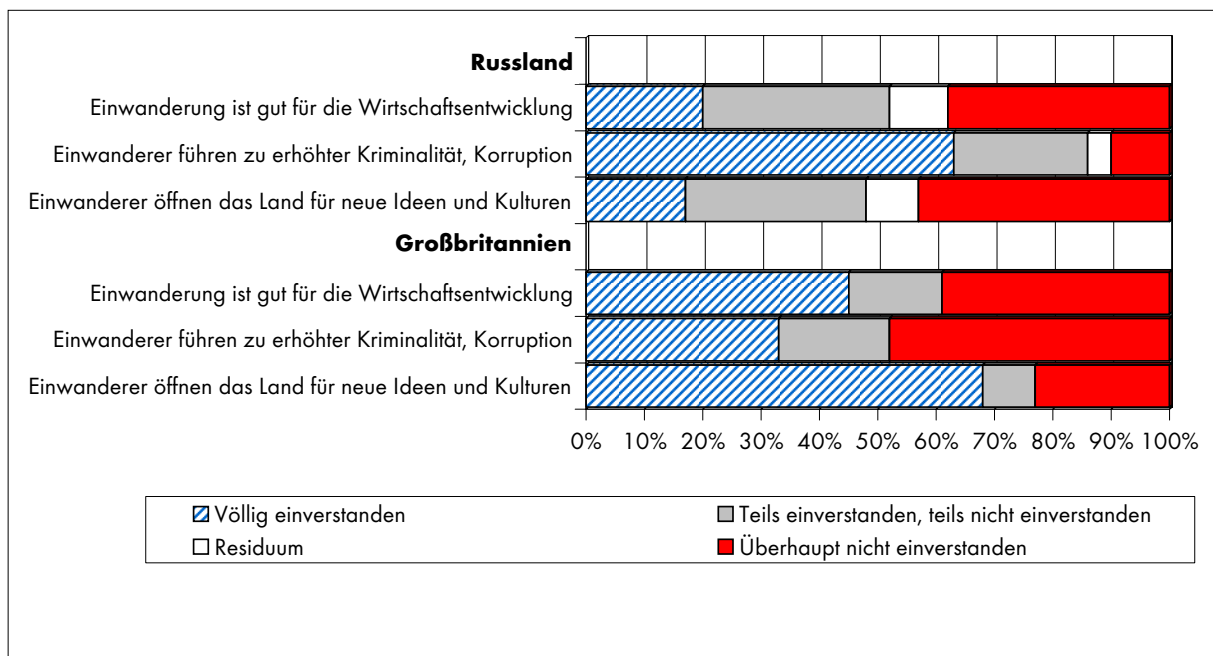
Quelle: Umfragen des "Fond Öffentliche Meinung", 6.-7. März 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0410.zip>

Was halten Sie von Einwanderung? Russland und Großbritannien im Vergleich, April 2005

Welche der aufgeführten Urteile über Einwanderungsbestimmungen teilen Sie?



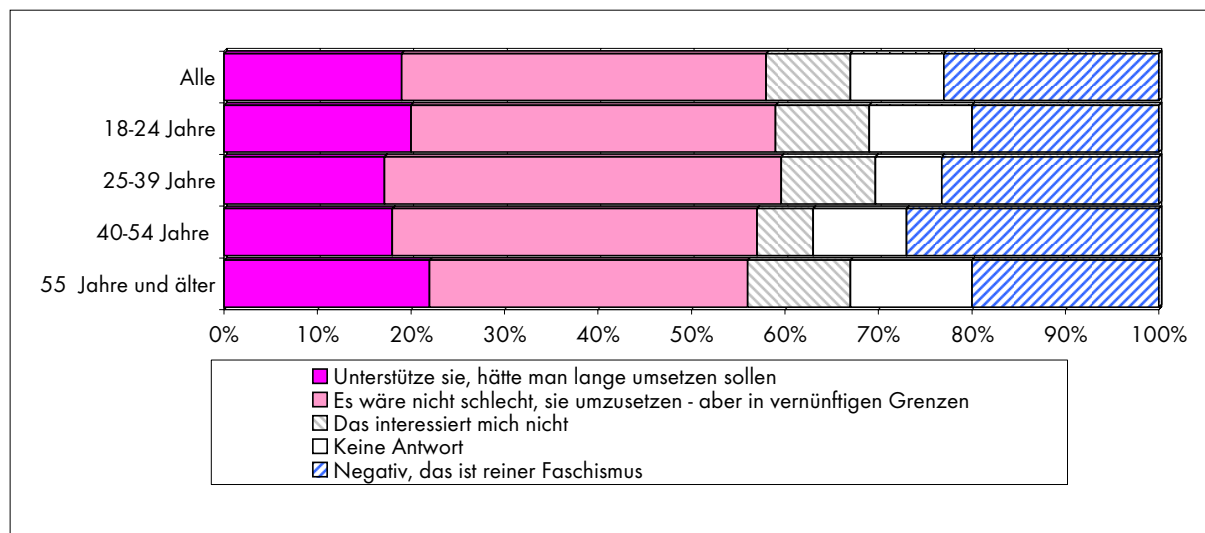
Sind Sie mit folgenden Aussagen einverstanden?



Quelle: Umfrage des VCIOM, April 2005 <http://wciom.ru/?pt=9&article=1288>

„Russland den Russen“, Juni 2005

Wie stehen Sie zu der Losung „Russland den Russen“?



	Insgesamt	Lebensalter			
		18-24 Jahre	25-39 Jahre	40-54 Jahre	55 Jahre und älter
Unterstütze sie, hätte man lange umsetzen sollen	19%	20%	17%	18%	22%
Es wäre nicht schlecht, sie umzusetzen - aber in vernünftigen Grenzen	39%	39%	42%	39%	34%
Negativ, das ist reiner Faschismus	23%	20%	23%	27%	20%
Das interessiert mich nicht	9%	10%	10%	6%	11%
Keine Antwort	10%	11%	7%	10%	13%

Was bedeutet die Losung „Russland den Russen“? (Juni 2005)

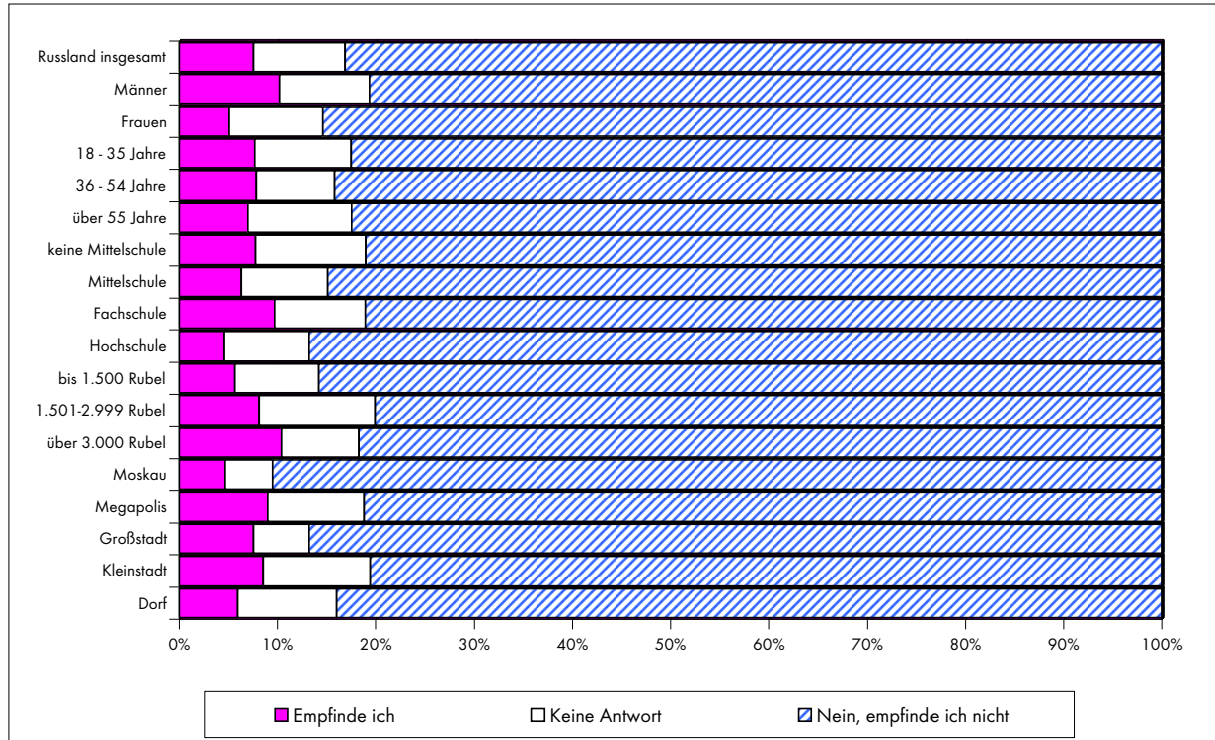
Staatliche Unterstützung für russische Kultur, nationale Traditionen	47%
Administrative Kontrolle der Tätigkeit der nichtrussischen Gruppen, die sich feindselig über Werte und Traditionen des russischen Volkes äußern	37%
Zuzugsbeschränkungen für Nichtrussen in Städten auf dem Territorium Russlands	31%
Aussiedlung gewisser Gruppen von Nichtrussen (z.B. Kaukasier, Chinesen u.a.) aus echt russischen Territorien	31%
Verbot für Nichtrussen, verantwortliche Posten in Regierung, Parlament, Präsidialadministration und regionalen Verwaltungen zu besetzen	25%
Vorrang für Russen bei der Besetzung staatlicher und anderer führender Positionen, beim Universitätszugang	21%
Anderes	2%
Keine Antwort	10%

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrum, Juni 2005 <http://www.levada.ru./press/2005070410.html>

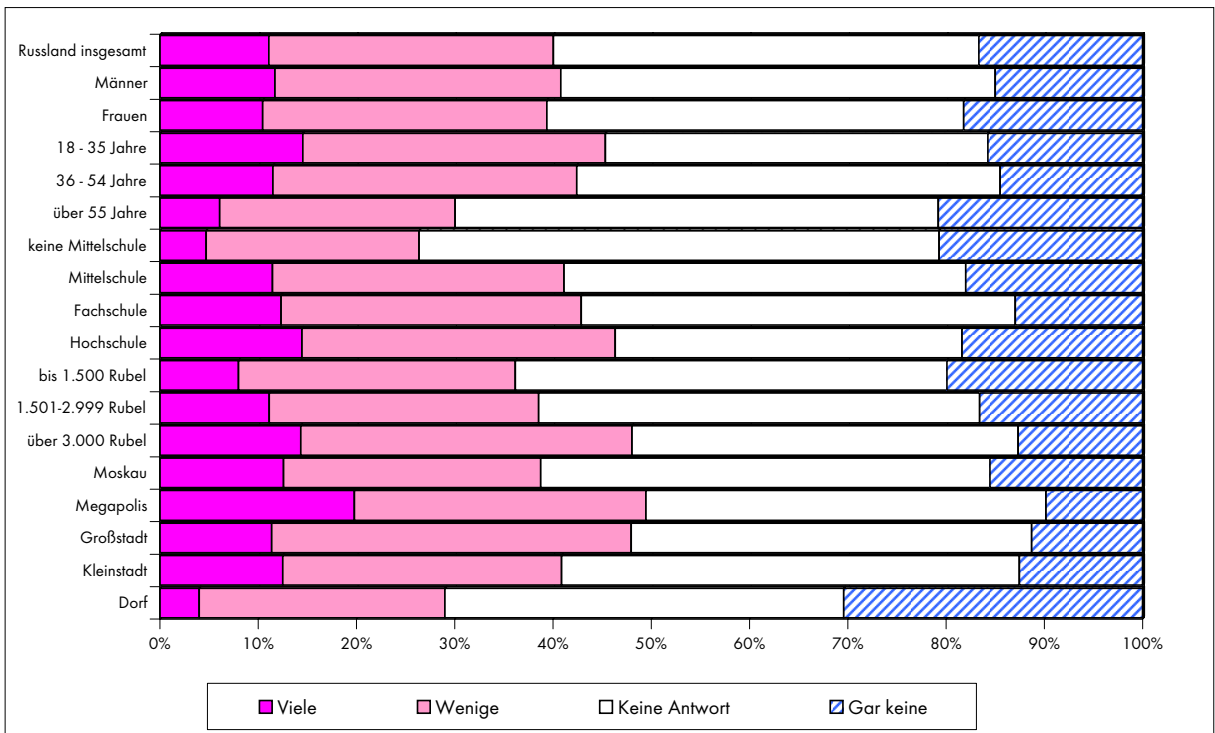
Antisemitismus in Russland, Februar 2005

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 5.–6. Februar 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0506.zip>

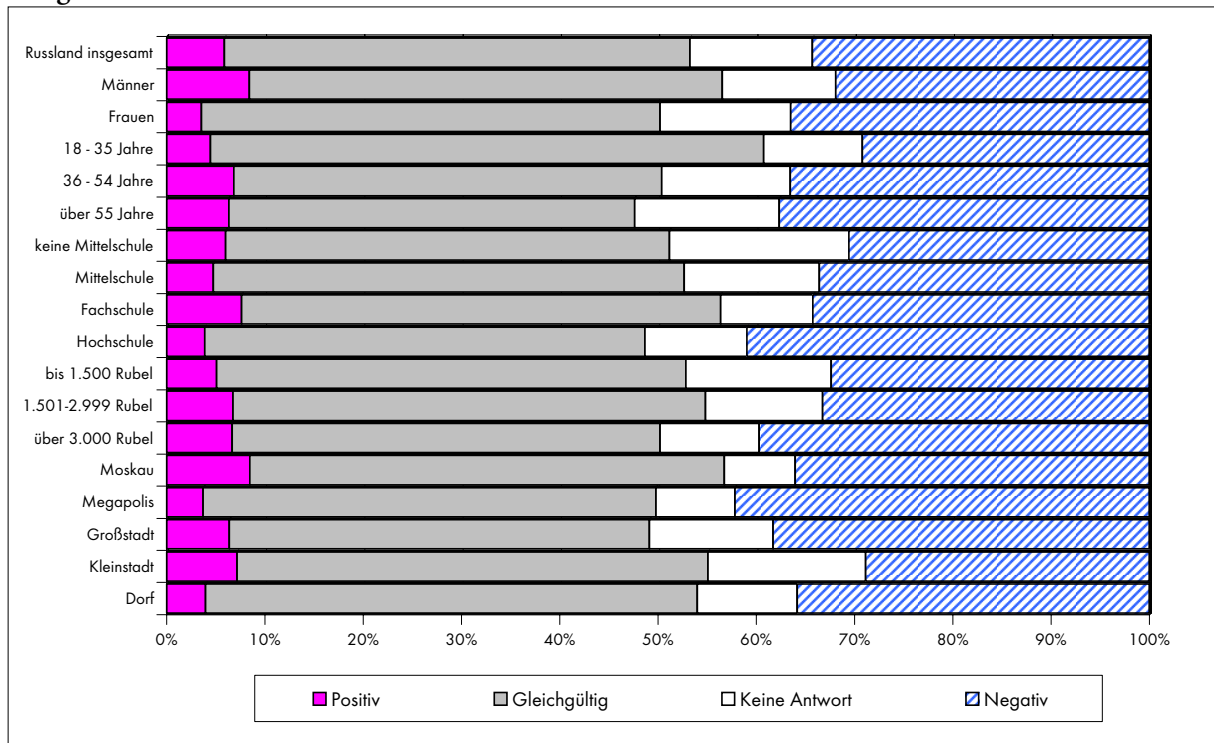
Empfinden Sie persönlich gegenüber Juden Misstrauen oder Feindschaft?



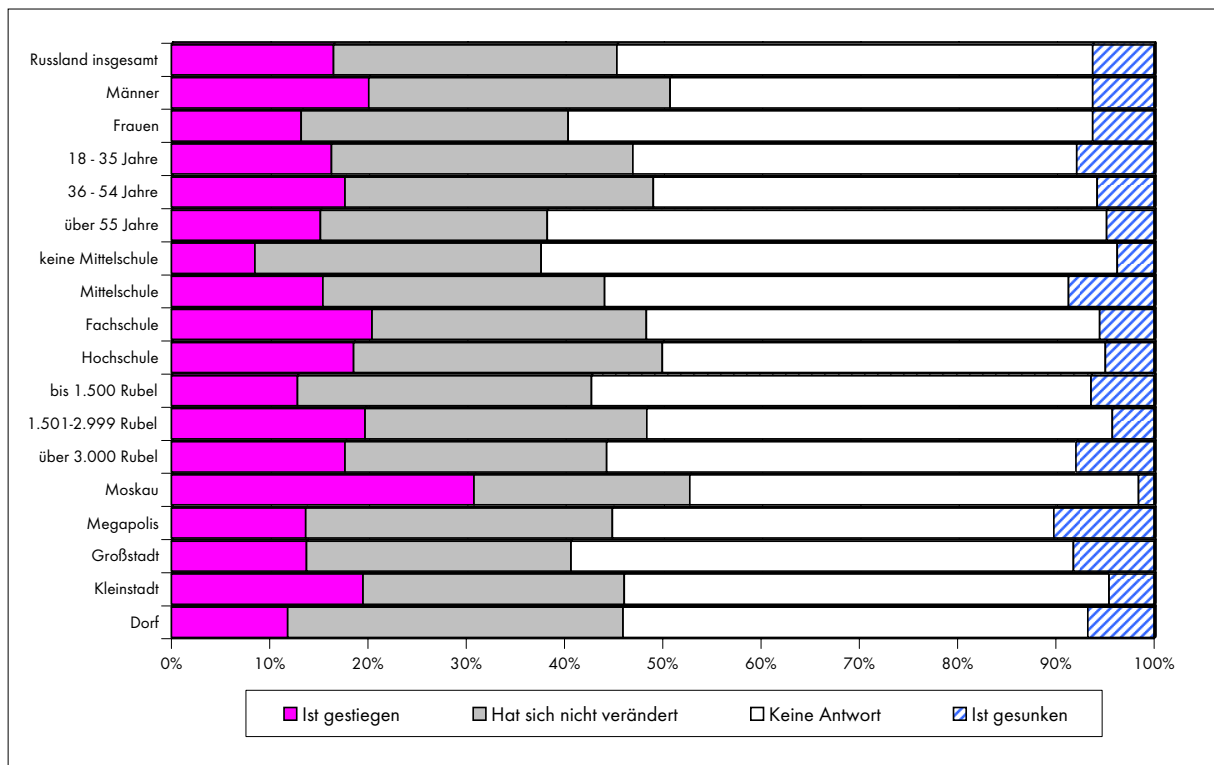
Gibt es da, wo Sie wohnen, viele oder wenige Leute, die gegenüber Juden Misstrauen oder Feindschaft empfinden?



Wie ist Ihre Einstellung zu denen, die die gegenüber Juden Misstrauen oder Feindschaft zum Ausdruck bringen?



Ist in Russland in den letzten zwei-drei Jahren die Zahl derjenigen, die gegenüber Juden Misstrauen oder Feindschaft empfinden, gestiegen oder gesunken?



Dokumentation

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, ethnische Diskriminierung und Antisemitismus in Russland (Januar–Juni 2005)

Analyse des Moskauer Menschenrechtsbüros (Auszug)

Im ersten Halbjahr 2005 war die Fremdenfeindlichkeit in Russland nach wie vor auf einem gleich bleibend hohen Niveau. Verschiedenen soziologischen Umfragen zufolge schwankte die Zahl der Anhänger von fremdenfeindlichen Losungen zwischen 50% und 60%. Als Völker und Nationen, die Feindseligkeit und Gereiztheit hervorrufen, werden in der überwältigenden Mehrheit Tschetschenen (14,8%), Aserbaidschaner (5,1%), Armenier (4,1%) und Kaukasier insgesamt (6,0%) genannt. Diese Aufzählung wird nur durch die Nennung der Zigeuner [*russisch: Zygame*] etwas verwässert (5,1%), Juden werden seltener genannt (2,5%).

In Russland ist die Fremdenfeindlichkeit nach wie vor hoch. Umfragen zufolge bezweifeln etwa 40% der Bevölkerung, dass Migration für die Wirtschaft nützlich ist oder die demographische Lage verbessern kann. Mehr als 60% befürchten eine erhöhte Verbrechensrate und haben Angst, dass Neuankömmlinge den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen. Fast 70% befürworten die Einreise für russische und russischsprachige Personen, wollen aber die Immigration von anderen Nationalitäten zu begrenzen.

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2005 10 Menschen durch Verbrechen getötet, die mit Fremdenhass verbunden waren; nicht weniger als 200 Personen wurden verletzt. Die Zahl der Getöteten liegt um ein Drittel unter der des gleichen Zeitraums von 2004. Es muss aber angemerkt werden, dass viele fremdenfeindliche Gewalttaten erst nach ziemlicher langer Zeit auch als solche bekannt werden oder überhaupt unbekannt bleiben (da die Opfer Angst haben, sich an die Rechtsschutzorgane zu wenden, oder weil Sicherheitsorgane und Staatsanwaltschaft schwere Körperverletzung oder Mord nicht als fremdenfeindlich motiviert anerkennen).

Mann kann sagen, dass in der ersten Jahreshälfte 2005 ein Umschwung in der Einstellung der Rechtsschutzorgane zu Verfahren infolge fremdenfeindlicher Delikte eingetreten ist. Trotz des weiterhin bestehenden „Paragraph-282-Syndroms“ (manche Beamte der Rechtsschutzorgane versuchen nach Kräften, ein Verbrechen nicht unter diesen Paragraphen des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation einzuordnen) sind im ersten Halbjahr 2005 insgesamt 5 Personen nach Paragraph 282 ver-

urteilt worden, während es im Zeitraum von Januar bis Juni 2004 nur eine Person war. Gegen weitere sieben Mitglieder von rechtsradikalen Organisationen wurden Strafverfahren nach Paragraph 282 eingeleitet (allerdings wurden drei dieser Verfahren von der Staatsanwaltschaft ziemlich bald unter einem Vorwand eingestellt).

Praktisch haben die Gerichte – mit wenigen Ausnahmen – begonnen, gegen Personen, die schwere fremdenfeindliche Verbrechen begangen haben, harte Urteile zu fällen. Von Januar bis Juni 2005 wurden in 6 Verfahren 21 Personen für solche Verbrechen verurteilt. Alle Angeklagten wurden schuldig gesprochen und zu Haftstrafen von vier bis 19 Jahren verurteilt. Es ist hervorzuheben, dass fast alle Angeklagten durch Geschworene verurteilt wurden. Zurzeit wird gegen einige Dutzend Personen ermittelt bzw. es läuft ein Gerichtsverfahren gegen sie.

Ein völlig neues Phänomen sind Terrorakte, die von radikalen Nationalisten verübt werden, die Bildung von parlamentarischen Gruppen durch Rechtsradikale und das massenweise Hacken von Websites durch nationalistische Cyberkriminelle. Außerdem wurde das erste Mal seit einigen Jahrzehnten der Versuch unternommen, den Antisemitismus zu legalisieren; dieser Versuch fand seinen Ausdruck im berüchtigten „Brief der 500“ bzw. „Brief der 5000“¹.

Gründe für die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Russland erwachsen aus der beschleunigten Modernisierung, die Russland in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Als Folge dieser Modernisierung haben viele Einwohner Russlands ihre vormals sichere Position verloren. Da in den

¹ AdÜ: Schreiben von 20 Dumaabgeordneten, unterzeichnet insgesamt von 500 Personen, in dem gefordert wurde, alle religiösen und nationalen jüdischen Organisationen als „extremistisch“ zu verbieten, welches am 4. Februar 2005 von der Duma verurteilt wurde, jedoch im März ein weiteres Mal an die Staatsanwaltschaft geleitet wurde, dieses Mal mit 5.000 Unterschriften.

vergangenen Jahrzehnten der Propagandaapparat der Bevölkerung der UdSSR suggerierte, dass das Land von Feinden, versteckten wie offenen, umgeben ist, wurden natürlich die „Feinde“ für die Verschlechterung der Lage verantwortlich gemacht, als die nun Vertreter ethnischer Minderheiten wahrgenommen wurden. Dabei entstand im Massenbewusstsein die verzerrende und verallgemeinernde Vorstellung, dass negative Eigenschaften einzelner Vertreter dieses oder jenes Volkes auf alle Vertreter des Volkes übertragen werden. Die Massenmigration aus den Republiken Zentralasiens und des Transkaukasus, die mit einem Zusammenstoß von unterschiedlichen Mentalitäten einherging, und eine mangelhafte Migrationspolitik förderten die negative Einstellung gegenüber den Ankömmlingen. Die beiden Tschetschenienkriege, die von antitschetschenischen Propagandakampagnen begleitet wurden, spielten eine bedeutende Rolle bei dem Anstieg der Xenophobie. Nach wie vor gibt es in Russland keine staatliche Gesamtstrategie, um gegen Fremdenfeindlichkeit und die Aktivitäten von Nationalradikalen vorzugehen.

Auf föderaler Ebene sind mindestens sieben Parteien und Bewegungen aktiv, die Fremdenfeindlichkeit und/oder Rassismus als Grundlage für ihre Ideologie benutzen. Dies sind die „Russische Nationale Einheit“ (Russkoe nazionalnoe jedinstwo, RNE), die jetzt in mehrere Splitterparteien zerbrochen ist, die von der RNE gegründete „Braune“ „Es ist Zeit“ („Pora“), die „Nationalstaatliche Partei Russlands“ („Nazionalno-Dershawaja partija Rossii“), der die Lizenz vom Justizministerium der Russischen Föderation entzogen wurde, die „Bewegung gegen illegale Immigration“ („Dwischenie protiv nelegalnoj immigracii“) und die „Russische Gesamtnationale Union“ („Russki Obschtschenazionalny Sojus“). Außerdem agieren in einigen Regionen lokale nationalistische Bewegungen, wie z.B. die Astrachaner Gruppe „Witjas“ („Der Recke“), „Das Vaterland“ („Otetschestwo“) in Kuban oder die Jekaterinburger Stiftung „Stadt ohne Drogen“ („Gorod bes narkotikow“). Nach Angaben von Experten sind nicht mehr als 10.000–15.000 Menschen in diesen Parteien aktiv. Eine genaue Bilanz ist schwierig, da ein und dieselben Personen oft in

mehreren Parteien und Bewegungen Mitglieder sind. Es gibt mehr als 50.000 Skinheads, die in Tausenden von mittleren bis kleinsten Gruppen organisiert sind. Auch das Kosakentum nutzt aktiv Xenophobie in seiner Ideologie und seinen Aktivitäten.

Zeitungen, die Propaganda für Xenophobie und Rassismus machen, sind frei erhältlich: „Nowaja sistema“ („Das neue System“), „Rus prawoslawnaja“ („Die orthodoxe Rus“), „Sa russkoe delo“ („Für die russische Sache“) und „Nowy Peterburg“ („Das neue Petersburg“) in St. Petersburg, „Zawtra“ („Der Morgen“), „Russki front“ („Die russische Front“), „Nazionalnaja gaseta“ („Die Nationalzeitung“), „Russki westnik“ („Der russische Bote“), „Tschornaja sotnja“ („Die schwarze Hundertschaft“), „Russkaja prawda“ („Die russische Wahrheit“), „Era Rossii“ („Die Ära Russlands“), „Ja – russki“ („Ich bin Russe“) und „Duel“ („Das Duell“) in Moskau, „Russki wostok“ („Der russische Osten“) in Irkutsk, „Russkaja Sibir“ („Das russische Sibirien“) in Nowosibirsk, „Kolokol“ („Die Glocke“) in Wolgograd, „Ishewskaja diwisija“ („Die Ishewsker Division“) in Ishewsk, „Alex-inform“ in Samara, „Sasetschny rubesh“ („Das Verteidigungswerk“)² in Tula und andere mehr, alles in allem etwa 100 Titel.

Anfang 2005 wurde die Herausgabe der Zeitungen „Slawjanski nabat“ („Die slawische Sturmglocke“) in Wologda und „Russkoe wetsche“ („Die russische Volksversammlung“) in Weliki Nowgorod wieder aufgenommen. Die Auflage solcher Zeitungen schwankt gewöhnlich zwischen 3.000 und 5.000; eine Ausnahme ist die Zeitung „Zawtra“, die mit einer Auflage von 100.000 erscheint.

Die Verlage „Witjas“ („Der Recke“), „Russkaja prawda“ („Die russische Wahrheit“), „Pereswet“,³ „Algoritm“ („Der Algorithmus“), „Jausa“, „EKSMO“, „Belye alwy“ („Die weißen Alben“) und andere publizieren regelmäßig Bücher mit chauvinistischem Inhalt.

[...]

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Autor: Semjon Tscharny; Leiter des Projektes mit Unterstützung der EU: Alexander Brod; Juristischer Direktor des Projektes: Wladimir Nowizki.*

Quelle: http://antirasizm.ru/publ_049.doc

² AdÜ: Im 16. und 17. Jahrhundert errichtete der russische Staat an seinen südlichen und südwestlichen Grenzen mehrere Wälle und Bollwerke („Sasetschnaja tscherita“) zum Schutz vor den Tataren.

³ AdÜ: Held der Schlacht auf dem Schnepfenfeld (Kulikowo pole) gegen die Tataren 1380.

Kommentar

Russlandbild in Deutschland – geprägt auch durch innerdeutsche Befindlichkeiten

Oldag Caspar und Juri Galperin, Zukunftswerkstatt des Petersburger Dialogs

Traditionell widmen deutsche Medien Ereignissen und Befindlichkeiten in Russland mehr Aufmerksamkeit als andere europäische Länder. So hatte z.B. die wichtigste deutschsprachige Nachrichtenagentur „dpa“ bis 2004 ihr weltweit zweitgrößtes Auslandsbüro in Moskau. Doch die deutsche Berichterstattung über das politische Russland hat sich verändert. Von einem „hoffnungsvoll“ während der ersten ein bis zwei Jahre der Präsidentschaft Vladimir Putins ist sie auf ein „depressiv bis aggressiv“ umgeschwenkt. Die relativ hohe und tendenziell positive Medienaufmerksamkeit hat sich in eine relativ hohe und eher negative Medienaufmerksamkeit verwandelt. – wobei der Grad der Aufmerksamkeit in letzter Zeit sinkt. Einiges deutet darauf hin, dass die Gründe dafür nicht nur in der Schwächung demokratischer Verfahren in Russland liegen.

Die Enttäuschung über den Verlust von Demokratie gewinnt vor dem Hintergrund gewachsener Vorurteile ihre besondere Brisanz. Breite Bevölkerungskreise in Deutschland verbanden mit Osteuropa tendenziell das Bild einer unergründlichen Weite, aus der eine stete, unklare Gefahr droht. Auch nach Ende des Kalten Krieges sind manche der alten Stereotypen in Deutschland noch lebendig. Und von Zeit zu Zeit bedient sich ihrer – wenn es der Auflage nützt – sogar die deutsche Qualitätspresse. So zum Beispiel Anfang 2005, als die Wellen der Visa-Affäre hochschlugen. Da unterstellten viele Journalisten, der Republik sei durch eine zu lockere Visavergabe, vor allem an der deutschen Botschaft in Kiew, schwerster Schaden entstanden. „Ostkriminelle“ (Der Spiegel) Schwarzarbeiter und Zwangsprostituierte seien ins Land geströmt. Zwar zeigte die Kriminalstatistik keine signifikanten Ausschläge und die Visavergabep Praxis beispielsweise an den Konsulaten in Kasachstan und Russland konnte schon für die Zeit vor der Visa-Affäre mit einigem Recht als restriktiv bezeichnet werden – dennoch wurde selbst in liberalen Medien Gefahr „aus dem Osten“ suggeriert.

Für die negative Grundstimmung in der gegenwärtigen deutschen Russland-Berichterstattung lassen sich überblickshaft eine Reihe innerer Ursachen benennen:

1. Enttäuschung. Bei deutschen Russlandkorrespondenten ist spätestens seit dem Dumawahlkampf 2003 eine beachtliche Enttäuschung über die in ihren Augen fehlgeschlagene Demokratisierung zu spüren. Viele deutschsprachige Journalisten kamen in den 90er Jahren mit der Hoffnung nach Russland, sie könnten das Land auf dem Weg zu einer konsolidierten Demokratie begleiten.
2. Personalisierte Medienkritik. Mit Wladimir Putin haben viele deutsche Meinungsmacher einen mutmaßlichen Antidemokraten ausgemacht, der offen-

sichtlich sehr hohen Einfluss auf die Entwicklung in Russland hat. Zu Jelzin-Zeiten war das anders. Wer das Land führte, war in den 90er Jahren schwer festzumachen. Und damit auch, wer für Armut, Menschenrechtsverletzungen, Tschetschenienkrieg und die Enttäuschung im Lande verantwortlich war. Indem nun Präsident Putin die Gouverneure und Oligarchen sowie die Duma teilweise entmachtet hat, kann die Medienkritik leichter personalisiert und damit intensiviert werden.

3. Generell schlechte Medien-Stimmung in Deutschland. Innerhalb Deutschlands herrsche seit Jahren eine missmutige, wenn nicht depressive Stimmung, meint unter anderem der Politologe Christian Wipperfürth und bezieht diese Einschätzung auf die Russlandberichterstattung: „Man konzentriert sich nicht nur bei der Darstellung von heimischen Zuständen auf Dunkelgrau- und Schwarztöne.“
4. Schock im konservativen Lager. Für viele eher konservativ denkende Redakteure in Deutschland war es schwer akzeptabel, dass Russland vor und während des Irakkrieges gegenüber Amerika als Partner bevorzugt wurde.
5. Generelle Ablehnung staatlicher Macht. Putin verkörpert den staatsfixierten Politiker, für den die unbedingte Wiederherstellung der Macht des Staates das mit Abstand wichtigste Rezept für die Modernisierung Russlands darstellt. Die Betonung der Notwendigkeit von staatlicher Macht wird in breiten meist liberalen und linksorientierten Gesellschaftsschichten (West-)Deutschlands jedoch seit den 70er Jahren unter anderem durch die historische Erfahrung mit der nationalsozialistischen Diktatur als hochproblematisches Gesellschaftskonzept gesehen. Dazu kam später bei konservativeren Gesellschaftskreisen das wirt-

- schaftsliberale Denken des *Washington Consensus*. Viele Deutsche sind darum hochskeptisch, dass Putins Betonung des starken Staates Russland zu mehr Demokratie und Stabilität führen kann.
6. Hoch spezialisierter Journalismus und die Erwartungen der Heimatredaktionen. Artikelüberschriften, in denen verkürzt werden muss, spielen immer wieder mit Stereotypen. Auch wenn der Artikel selbst ausgewogen über Entwicklungen in Russland berichtet, spitzt die Überschrift häufig zu und vereinfacht. Überschriften werden im hoch spezialisierten deutschen Journalismus oft von Redakteuren in den Heimatredaktionen in Deutschland redigiert, die selbst nur wenig Bezug zum Thema des Artikels haben. Zudem ist in den Heimatredaktionen die Nachfrage nach solchen Artikelthemen merklich höher, die stereotype Erwartungen über Entwicklungen und Zustände im jeweiligen Land bedienen.
 7. Hohe Emotionalität. Es gibt kaum andere Länder, die in Deutschland so sehr auf emotionaler Ebene rezipiert werden, wie Russland. Über russische Entwicklungen wird häufig entweder euphorisch positiv (Gorbatschow, früher Jelzin, früher Putin) oder depressiv (später Jelzin, später Putin) diskutiert.

8. Das alles findet vor dem Hintergrund tradierter Denkmuster statt. Wenn aus Russland schlechte Nachrichten kommen, dann werden diese vielfach in ein kognitives Schema eingeordnet, das Russland als geringer entwickelt, chaotisch, unbegreiflich und tendenziell gefährlich begreift. Infolge dieser Vor-Urteile fällt die Wahrnehmung und kognitive Verarbeitung positiver Meldungen aus Russland dagegen schwerer.

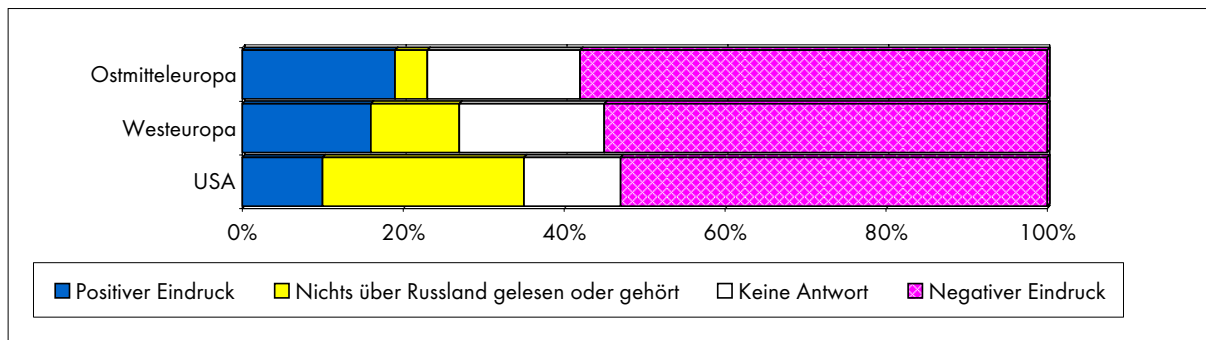
Mit der mittlerweile in der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten festen Überzeugung, dass Putins Russland in Richtung Autokratie abgerutscht ist, existiert eine neue Basis für eine Angst vor „dem Osten“. Denn nur ein als überwiegend demokratisch wahrgenommenes Russland ist ein verstehbares und damit vorhersehbares Russland. Ein Russland, mit dem man gleiche Werte teilen sowie eng zusammenarbeiten kann. Und ein Russland, von dem keine Gefahr ausgeht.

Über Ängste lässt sich mit denen, die unter ihnen leiden, kaum rational diskutieren. Sollte die alte „Ostangst“ breite Bevölkerungskreise erfassen, wäre das mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ende guter zwischenstaatlicher Beziehungen. Die sind jedoch Grundlage für einen intensiveren gesellschaftlichen Austausch, ohne den tradierte Denkmuster kaum der Realität angepasst werden können.

Im Rahmen des Petersburger Dialogs treffen sich in der Zukunftswerkstatt regelmäßig junge Russen und Deutsche, um den russisch-deutschen Beziehungen neue Impulse zu geben (<http://www.petersburger-dialog.de>). Eine Langfassung des obigen Textes (<http://www.petersburger-dialog.de/d0010d/morenews.php?iditem=274>) wurde auf einem Treffen der Zukunftswerkstatt im April 2005 in Kaliningrad diskutiert.

Grafik zum Text

Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen oder anderen Medien etwas über politische und wirtschaftliche Ereignisse in Russland gelesen oder gehört? Und wenn ja, haben Sie einen positiven oder negativen Eindruck von diesen Ereignissen erhalten?



Quelle: Umfrage unter politischen Eliten im Auftrage des Aspen-Instituts, April 2005
<http://www.opinionsonrussia.com/presentations/pdfs/handout.pdf>

Chronik

Vom 29. September bis zum 6. Oktober 2005

29.9.2005	In einer Sitzung mit den Präsidentialbevollmächtigten in den Föderalregionen unterstreicht Putin die Notwendigkeit, das am 5. September angekündigte Sozialprogramm umzusetzen.
30.9.2005	Der neue ukrainische Ministerpräsident Jurij Jechanurow besucht Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen, Michail Fradkow. Jechanurow wird auch von Präsident Putin empfangen.
30.9.2005	Ein Munitionsdepot, 60 km nördlich von Petropawlowsk-Kamtschatskij, gerät in Brand. Dabei detoniert eine große Zahl alter Artilleriegranaten. Im Umkreis von 30 km werden die Einwohner evakuiert.
30.9.2005	Der russische Unternehmerverband RSPP wählt Alexander Schochin zum Vorsitzenden. Er löst den 73jährigen Arkadij Wolskij ab.
30.9.2005	Putin benennt die vom Präsidenten zu benennenden 42 Mitglieder der Gesellschaftskammer. Unter den Ernannten ist kein Menschenrechtsaktivist.
3.10.2005	Die sterblichen Überreste des „weißen“ Bürgerkriegsgenerals Denikin, die aus den USA nach Russland überführt wurden, werden im Moskauer Donskoj-Kloster im Beisein des Patriarchen, des Moskauer Bürgermeisters Lushkow und anderer namhafter Politiker feierlich bestattet.
3.10.2005	Staatsbesuch Putins in Belgien. Putin führt Gespräche mit dem belgischen König Albert II. und Ministerpräsident Guy Verhofstadt.
3.10.2005	Ein Schweizer Gericht entscheidet, Jewgenij Adamow, den früheren russischen Atomminister, an die USA auszuliefern.
4.10.2005	EU-Russland-Gipfel. Putin führt in London Gespräche mit dem britischen Premierminister Tony Blair, dessen Land derzeit die Präsidentschaft der EU innehat, und EU-Vertretern. Auf dem Treffen werden Energiefragen und die Regelung der Visaerteilung zwischen Russland und der Europäischen Union erörtert. Bei Visafragen werden Fortschritte gemacht. Danach sollen die Visa-Regeln für Studenten, Geschäftsleute und Diplomaten gelockert werden.
4.10.2005	Die Föderale Agentur für Landwirtschaft wird durch Präsidentenerlass aufgelöst und in das Landwirtschaftsministerium überführt.
5.10.2005	Die russische Generalstaatsanwaltschaft erhebt gegen eine Reihe von ehemaligen Jukos-Mitarbeitern den Vorwurf der Geldwäsche. In diesem Zusammenhang werden in Moskau und einigen anderen Regionen Banken und Büros durchsucht.
5.10.2005	In Holland werden die Büros von YUKOS Finance B.V., einer Tochter von Jukos, von Polizei durchsucht.
5.10.2005	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass bei der Einberufung sechs der bisher geltenden 16 Rückstellungsgründe gestrichen werden sollen. In Zukunft werden danach u.a. Wehrpflichtige mit Eltern im Pensionsalter, Lehrer und Arbeiter in Rüstungsbetrieben einberufen.
6.10.2005	Russische Rechtsschutzorgane durchsuchen in Moskau das Büro des Rechtsanwalts Anton Drel, eines der Verteidiger Michail Chodorkowskijs.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de